

### Beschlussempfehlung

Ausschuss  
für Haushalt und Finanzen

Hannover, den 29.11.2006

#### **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2007**

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/3140

Berichtersteller: Abg. Heinrich Aller (SPD)  
(Es ist ein mündlicher Bericht vorgesehen)

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen empfiehlt dem Landtag,

1. den Gesetzentwurf mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen anzunehmen und
2. die in die Beratung einbezogenen Eingaben 03516 und 03518 dadurch für erledigt zu erklären..

Heinrich Aller  
Vorsitzender

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

### Haushaltsbegleitgesetz 2007

#### Artikel 1

Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes

Das Niedersächsische Besoldungsgesetz in der Fassung vom 11. Februar 2004 (Nds. GVBl. S. 44), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 2005 (Nds. GVBl. S. 426), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 Halbsatz 1 wird das Wort „gelten“ durch das Wort „fortgelten“ ersetzt.
  - b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:
 

„(2) Dieses Gesetz regelt ferner, soweit nicht bundesrechtliche Vorschriften fortgelten, die Versorgungsbezüge sowie die Gewährung von Sonderzahlungen an Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.“

2. Dem § 8 wird der folgende Absatz 3 angefügt:

### Haushaltsbegleitgesetz 2007

#### Artikel 1

Änderung des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes

Das Niedersächsische Besoldungsgesetz in der Fassung vom 11. Februar 2004 (Nds. GVBl. S. 44), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 2005 (Nds. GVBl. S. 426), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 Halbsatz 1 **werden nach dem Wort „gelten“ das Komma und die Worte „soweit nicht bundesrechtliche Vorschriften gelten,“ gestrichen.**
  - b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:
 

„(2) Dieses Gesetz regelt ferner \_\_\_\_\_ die Versorgungsbezüge sowie die Gewährung von Sonderzahlungen an Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.“
  - c) **Es wird der folgende neue Absatz 3 eingefügt:**

„(3) **Für die Besoldung und Versorgung der in den Absätzen 1 und 2 genannten Personen gelten die bis zum 31. August 2006 gültigen bundesrechtlichen Vorschriften fort, soweit sich aus diesem Gesetz nichts anderes ergibt.“**
  - d) **Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.**
- 1/1. **In § 2 a Abs. 3 Satz 1 werden nach der Abkürzung „(BBesG)“ die Worte „in der Fassung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020), zuletzt geändert durch § 19 des Gesetzes vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2039),“ eingefügt.**

2. \_\_\_\_\_ § 8 wird wie folgt geändert:

- a) **In Absatz 2 Satz 1 wird am Ende der Punkt durch ein Komma ersetzt, und es wird der folgende Halbsatz angefügt:**

„für das dritte und jedes weitere berücksichtigungsfähige Kind beträgt die Sonderzahlung 400 Euro.“

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**b) Es wird der folgende Absatz 3 angefügt:**

„(3) <sup>1</sup>Ergänzend zu den jährlichen Sonderzahlungen nach den Absätzen 1 und 2 werden neben den Bezügen für den Monat Dezember 2007 einmalig gewährt:

1. Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richtern eine Sonderzahlung (§ 67 BBesG) in Höhe von 860 Euro, wobei § 6 Abs. 1 BBesG entsprechend gilt,
2. Anwärterinnen und Anwärtern eine Sonderzahlung in Höhe von 250 Euro sowie
3. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern eine Sonderzahlung (§ 50 Abs. 4 des Beamtenversorgungsgesetzes - BeamtVG)
  - a) zum Ruhegehalt in Höhe von 614 Euro,
  - b) zum Witwen- oder Witwergeld (Anteilsatz 60 vom Hundert) in Höhe von 368 Euro,
  - c) zum Witwen- oder Witwergeld (Anteilsatz 55 vom Hundert) in Höhe von 338 Euro,
  - d) zum Unfallwaisengeld in Höhe von 184 Euro,
  - e) zum Vollwaisengeld in Höhe von 123 Euro und
  - f) zum Halbwaisengeld in Höhe von 74 Euro.

<sup>2</sup>Satz 1 Nr. 3 gilt nicht für Personen, die einen Unterhaltsbeitrag aufgrund eines Gnadenerweises oder einer Disziplinarentscheidung oder Übergangsgeld nach den §§ 47 und 47 a BeamtVG erhalten. <sup>3</sup>Die §§ 25 und 63 BeamtVG gelten entsprechend; anteilige Vomhundertsätze sind zu berücksichtigen.“

3. § 10 wird gestrichen.

„(3) <sup>1</sup>Ergänzend zu den jährlichen Sonderzahlungen nach den Absätzen 1 und 2 werden neben den Bezügen für den Monat Dezember 2007 einmalig gewährt:

1. *unverändert*
2. *unverändert*
3. Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern eine Sonderzahlung **im Sinne des § 50 Abs. 4 des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG) in der Fassung vom 16. März 1999 (BGBl. I S. 322, 847, 2033), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 19. Juli 2006 (BGBl. I S. 1652)**
  - a) *unverändert*
  - b) *unverändert*
  - c) *unverändert*
  - d) *unverändert*
  - e) *unverändert*
  - f) *unverändert*

<sup>2</sup>Satz 1 Nr. 3 gilt nicht für Personen, die einen Unterhaltsbeitrag aufgrund eines Gnadenerweises oder einer Disziplinarentscheidung oder Übergangsgeld nach den §§ 47 und 47 a BeamtVG erhalten. <sup>3</sup>Die §§ 25 und 63 BeamtVG gelten entsprechend; anteilige Vomhundertsätze sind zu berücksichtigen.“

3. *unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

4. § 12 erhält folgende Fassung:

„§ 12  
Anpassung der Besoldung  
und der Versorgungsbezüge

(1) Um 3,0 vom Hundert werden ab dem  
1. Januar 2008 erhöht

1. die Grundgehaltssätze,
2. der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5,
3. die Amtszulagen, auch soweit sie landesrechtlich geregelt sind, sowie die allgemeine Stellenzulage nach Nummer 27 der Vorbemerkungen der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz,
4. die Anwärtergrundbeträge,
5. die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
  - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
  - b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
6. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,
7. die in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Nummern 1 und 2 und die allgemeine Stellenzulage nach Nummer 2 b der Vorbemerkungen der Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung,
8. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge nach Artikel 14 § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322),
9. die Anrechnungsbeträge nach Artikel 14 § 4 Abs. 2 des Reformgesetzes,

4. **wird hier gestrichen** (jetzt Artikel 1/1)

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

10. die Beträge der Amtszulagen nach Anlage 2 der Verordnung zur Überleitung in die im Zweiten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern geregelten Ämter und über die künftig wegfallenden Ämter vom 1. Oktober 1975 (BGBl. I S. 2608), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 590), und
11. die Beträge nach § 4 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. November 2004 (BGBl. I S. 2774).

(2) Um 2,55 vom Hundert werden ab dem 1. Januar 2008 der Auslandszuschlag und der Auslandskinderzuschlag erhöht.

(3) <sup>1</sup>Für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger gilt die Erhöhung nach Absatz 1 entsprechend für die in Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 5 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1942) genannten Bezügebestandteile sowie für die in § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 84 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 4, 5 und 7 des Bundesbesoldungsgesetzes aufgeführten Stellenzulagen und Bezüge. <sup>2</sup>Satz 1 gilt für Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen der weggefallenen Besoldungsgruppe A 1 entsprechend. <sup>3</sup>Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden ab 1. Januar 2008 um 2,9 vom Hundert erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. <sup>4</sup>Satz 3 gilt entsprechend für

1. Hinterbliebene von vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern,
2. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind,
3. den Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967).

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

<sup>5</sup>Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 1 bis A 8 zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt ab 1. Januar 2008 um 49,14 Euro, wenn ihren ruhegehaltsfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Nr. 27 Abs. 1 Buchst. a oder b der Vorbemerkungen der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.“

5. Es wird der folgende § 14 eingefügt:

„§ 14  
Bekanntmachungsermächtigung

Das Finanzministerium wird ermächtigt, die **Anlage 2** mit den ab 1. Januar 2008 maßgeblichen Beträgen der Grundgehälter, des Familienzuschlags, der Amts- und Stellenzulagen, der Anwärtergrundbeträge, des Auslandszuschlags, des Auslandskinderzuschlags und der Mehrarbeitsvergütung sowie bei Anpassungen dieser Beträge neu bekannt zu machen.“

6. In der Anlage 1 (zu § 2) wird die Niedersächsische Besoldungsordnung A wie folgt geändert:

- a) Die Besoldungsgruppe 15 wird wie folgt geändert:

- aa) Das Amt „Direktorin beim Landesamt für Bodenforschung und Professorin, Direktor beim Landesamt für Bodenforschung und Professor“ wird gestrichen.

5. **wird gestrichen**

6. In der Anlage 1 (zu § 2) wird die Niedersächsische Besoldungsordnung A wie folgt geändert:

**0/a) In der Besoldungsgruppe 9 werden bei dem Amt „Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis“ das Fußnotenzeichen „<sup>4</sup>“ durch das Fußnotenzeichen „<sup>3</sup>“ ersetzt und die Fußnote 4 gestrichen.**

**1/a) In der Besoldungsgruppe 10 werden bei dem Amt „Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis“ das Fußnotenzeichen „<sup>6</sup>“ durch das Fußnotenzeichen „<sup>4</sup>“ ersetzt und die Fußnote 6 gestrichen.**

**2/a) In der Besoldungsgruppe 11 werden das Amt „Lehrerin für Fachpraxis, Lehrer für Fachpraxis“ <sup>6)</sup> eingefügt und es wird die folgende Fußnote 6 angefügt: „<sup>6)</sup> „Soweit nicht in Besoldungsgruppe A 9 oder A 10.“**

- a) *unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

bb) Das Amt „Direktorin beim Landesamt für Ökologie und Professorin, Direktor beim Landesamt für Ökologie und Professor“ wird gestrichen.

b) Die Besoldungsgruppe 16 wird wie folgt geändert:

aa) Das Amt „Leitende Direktorin beim Landesamt für Bodenforschung und Professorin, Leitender Direktor beim Landesamt für Bodenforschung und Professor“ wird gestrichen.

bb) Das Amt „Leitende Direktorin beim Landesamt für Ökologie und Professorin, Leitender Direktor beim Landesamt für Ökologie und Professor“ wird gestrichen.

b) *unverändert*

7. Der Anhang zur Niedersächsischen Besoldungsordnung A („Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen“) erhält folgende Fassung:

7. *unverändert*

„A n h a n g  
zur Niedersächsischen  
Besoldungsordnung A

#### **Besoldungsgruppe 9**

Technische Lehrerin, Technischer Lehrer

– bei einer berufsbildenden Schule –<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Soweit nicht in Besoldungsgruppe A 10.

#### **Besoldungsgruppe 10**

Fachlehrerin, Fachlehrer

– bei einer berufsbildenden Schule –<sup>1)2)4)</sup>

Technische Lehrerin, Technischer Lehrer

– bei einer berufsbildenden Schule –<sup>5)</sup>

– bei einer Berufs- oder Berufsfachschule –<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Eingangsamt im Sinne des § 24 BBesG.

<sup>2)</sup> Erhält eine Amtszulage nach Anlage 2.

<sup>3)</sup> Erhält von der neunten Stufe an eine Amtszulage nach Anlage 2.

<sup>4)</sup> Soweit nicht in Besoldungsgruppe A 11.

<sup>5)</sup> Soweit nicht in Besoldungsgruppe A 9.

*Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140*

*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen*

### **Besoldungsgruppe 11**

Fachlehrerin, Fachlehrer

– bei einer berufsbildenden Schule –<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Soweit nicht in Besoldungsgruppe A 10.

### **Besoldungsgruppe 12**

Technische Lehrerin oder Technischer Lehrer mit der  
Prüfung für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen

– bei einer Blindenschule –<sup>1)</sup>

– bei einer Landesgehörlosenschule –<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Erhält eine Amtszulage nach Anlage 2.

### **Besoldungsgruppe 13**

Oberlehrerin, Oberlehrer

– bei einer Berufsaufbau-, Berufsfach- oder Fachschule –<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Erhält eine Amtszulage nach Anlage 2.

### **Besoldungsgruppe 15**

Direktorin beim Landesamt für Bodenforschung und  
Professorin, Direktor beim Landesamt für Bodenforschung  
und Professor

Studiendirektorin, Studiendirektor

– als Leiterin oder Leiter einer Abteilung bei einem Berufsförderungswerk –

Vizepräsidentin oder Vizepräsident einer Hochschule.<sup>1)</sup>

---

<sup>1)</sup> Soweit nicht anderweitig eingestuft.

### **Besoldungsgruppe 16**

Leitende Archivrektorin, Leitender Archivrektor

– als Leiterin oder Leiter des Hauptstaatsarchivs in Hannover –<sup>1)</sup>

Leitende Direktorin beim Landesamt für Bodenforschung  
und Professorin, Leitender Direktor beim Landesamt für  
Bodenforschung und Professor



Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

Vizepräsidentin oder Vizepräsident

– der Fachhochschule Hannover, Oldenburg/Ostfriesland/Wilhelmshaven –

<sup>1)</sup> Erhält eine Amtszulage nach Anlage 2.“

8. In der Anlage 1 (zu § 2) wird die Niedersächsische Besoldungsordnung B wie folgt geändert:

a) Die Besoldungsgruppe 2 wird wie folgt geändert:

aa) Das Amt „Direktorin oder Direktor der Landeszentrale für politische Bildung“ wird gestrichen.

bb) Das Amt „Direktorin oder Direktor der Technischen Informationsbibliothek und der Universitätsbibliothek Hannover“ wird gestrichen.

cc) Das Amt „Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Landesamts für Ökologie“ wird gestrichen.

dd) Das Amt „Direktorin oder Direktor der Niedersächsischen Versorgungskasse“ wird eingefügt.

ee) Der Amtsbezeichnung „Leitende Direktorin, Leitender Direktor“ wird der folgende Spiegelstrich angefügt:

„– als einer Beamtin oder einem Beamten auf Zeit unmittelbar unterstellte Leiterin oder unmittelbar unterstellter Leiter einer großen und besonders bedeutenden Organisationseinheit der Region Hannover – <sup>1)2)</sup>“.

ff) Das Amt „Präsidentin oder Präsident der Niedersächsischen Schulinspektion“ wird eingefügt.

8. In der Anlage 1 (zu § 2) wird die Niedersächsische Besoldungsordnung B wie folgt geändert:

a) Die Besoldungsgruppe 2 wird wie folgt geändert:

aa) *unverändert*

bb) *unverändert*

cc) *unverändert*

dd) *unverändert*

**dd/1) Das Amt „Geschäftsbereichsleiterin oder Geschäftsbereichsleiter der Landwirtschaftskammer“ wird eingefügt.**

ee) *unverändert*

ff) *unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

- |   |   |
|---|---|
| <p>b) Die Besoldungsgruppe 3 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Das Amt „Direktorin oder Direktor des Landesbetriebes für Wasserwirtschaft und Küstenschutz“ wird gestrichen.</p> <p>bb) Das Amt „Präsidentin oder Präsident des Landesbergamts Clausthal-Zellerfeld“ wird gestrichen.</p> <p>cc) Das Amt „Vizepräsidentin und Professorin oder Vizepräsident und Professor beim Landesamt für Bodenforschung“ wird gestrichen.</p> <p>dd) Das Amt „Direktorin oder Direktor der Technischen Informationsbibliothek und der Universitätsbibliothek Hannover“ wird eingefügt.</p> <p>c) Die Besoldungsgruppe 4 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Das Amt „Präsidentin oder Präsident des Landesamts für Ökologie“ wird gestrichen.</p> <p>bb) Das Amt „Präsidentin oder Präsident des Landesamts für Zentrale Soziale Aufgaben“ wird gestrichen.</p> <p>cc) Das Amt „Präsidentin oder Präsident des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie“ wird eingefügt.</p> <p>dd) Das Amt „Präsidentin oder Präsident des Landesamts für Soziales, Jugend und Familie“ wird eingefügt.</p> <p>ee) Das Amt „Präsidentin oder Präsident der Landesschulbehörde“ wird eingefügt.</p> <p>d) In der Besoldungsgruppe 5 wird das Amt „Direktorin oder Direktor des Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz“ eingefügt.</p> | <p>b) <i>unverändert</i></p> <p>c) Die Besoldungsgruppe 4 wird wie folgt geändert:</p> <p><b>0/aa) Das Amt „Direktorin oder Direktor der Landwirtschaftskammer Weser-Ems“ wird gestrichen.</b></p> <p>aa) <i>unverändert</i></p> <p>bb) <i>unverändert</i></p> <p>cc) <i>unverändert</i></p> <p>dd) <i>unverändert</i></p> <p>ee) <i>unverändert</i></p> <p>d) <b>Die Besoldungsgruppe 5 wird wie folgt geändert:</b></p> |
|---|---|

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

9. Der Anhang zur Niedersächsischen Besoldungsordnung B („Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen“) erhält folgende Fassung:

„Anhang  
zur Niedersächsischen  
Besoldungsordnung B

**Besoldungsgruppe 2**

Geschäftsführerin oder Geschäftsführer einer  
Handwerkskammer

– mit mehr als 5 000 Betrieben im Bezirk –<sup>1)</sup>

Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Landesamts für Ökologie

Vizepräsidentin oder Vizepräsident des Landesamts für Zentrale Soziale Aufgaben

Vizepräsidentin oder Vizepräsident der Universität Oldenburg

<sup>1)</sup> Soweit nicht in Besoldungsgruppe A 15 oder A 16.

**Besoldungsgruppe 3**

Präsidentin oder Präsident einer Hochschule

– als hauptberufliche Leiterin oder hauptberuflicher Leiter der Tierärztlichen Hochschule Hannover –

Präsidentin oder Präsident des Landesbergamts Clausthal-Zellerfeld

Direktorin oder Direktor des Landesbetriebes für Wasserwirtschaft und Küstenschutz

**Besoldungsgruppe 4**

Präsidentin oder Präsident des Landesamts für Zentrale Soziale Aufgaben

- aa) Das Amt „Direktorin oder Direktor der Landwirtschaftskammer Hannover“ wird gestrichen.

- bb) Das Amt „Direktorin oder Direktor des Landesbetriebes für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz“ wird eingefügt.

- e) In der Besoldungsgruppe 6 wird das Amt „Direktorin oder Direktor der Landwirtschaftskammer“ eingefügt.

9. Der Anhang zur Niedersächsischen Besoldungsordnung B („Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen“) erhält folgende Fassung:

unverändert

*unverändert*

*unverändert*

**Besoldungsgruppe 4  
Direktorin oder Direktor der Landwirtschaftskammer  
Weser-Ems**

*unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Besoldungsgruppe 5**

Hauptgeschäftsführerin oder Hauptgeschäftsführer  
einer Handwerkskammer

– mit mehr als 5 000 Betrieben im Bezirk –<sup>1)</sup>

*unverändert*

<sup>1)</sup> Soweit nicht in Besoldungsgruppe B 3 oder B 4.

**Besoldungsgruppe 6**

Landesbeauftragte oder Landesbeauftragter für  
den Datenschutz<sup>1)</sup>

*unverändert*

<sup>1)</sup> Soweit auch für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich  
zuständig.“

10. Die Anlage 2 (zu § 12) erhält folgende Fassung:

10. Die Anlage 2 (zu § 12) erhält folgende Fassung:

**„Anlage 2**  
(zu § 12)

**„Anlage 2**  
(zu § 12)

**Amtszulagen und Stellenzulagen**

**Amtszulagen und Stellenzulagen**

(Monatsbeträge in Euro)

(Monatsbeträge in Euro)

Dem Grunde nach geregelt in Besoldungsgruppe	Fußnote	Ab 1. Januar 2007
A 9	1	227,76
A 10	3	105,80
A 12	2	61,18
A 12	3	132,29
A 13	2	158,69
A 13	5	74,65
A 13	7	132,29
A 13	8	47,27
A 14	1	47,27
A 14	3	158,69
A 15	3	158,69
A 10 Anhang	2	105,80
A 10 Anhang	3	103,70

Dem Grunde nach geregelt in	Fußnote	_____
Besoldungsgruppe	Fußnote	_____
<i>unverändert</i>		
<i>unverändert</i>		
<i>unverändert</i>		
<i>unverändert</i>		
<i>unverändert</i>		
<i>unverändert</i>		
<i>unverändert</i>		
<i>unverändert</i>		
<i>unverändert</i>		
<i>unverändert</i>		
<i>unverändert</i>		
<i>unverändert</i>		
<i>unverändert</i>		

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

A 11 Anhang	2	165,04
A 12 Anhang	1	61,18
A 13 Anhang	1	105,80
A 16 Anhang	1	177,48
B 9	1	651,33"

Dem Grunde nach geregelt in		
<b>wird gestrichen</b>		
<i>unverändert</i>		
<i>unverändert</i>		
<i>unverändert</i>		
<i>unverändert</i>		

#### Artikel 1/1

Anpassung der Besoldung  
und der Versorgungsbezüge

(1) Um 3,0 vom Hundert werden \_\_\_\_\_ erhöht

1. die Grundgehaltssätze,
2. der Familienzuschlag mit Ausnahme der Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5,
3. die Amtszulagen, auch soweit sie landesrechtlich geregelt sind, sowie die allgemeine Stellenzulage nach Nummer 27 der Vorbemerkungen der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz (**BBesG**) in der Fassung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020), zuletzt geändert durch § 19 des Gesetzes vom 28 August 2006 (BGBl. I S. 2039),
4. die Anwärtergrundbeträge,
5. die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
  - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
  - b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
6. die Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,
7. die in festen Beträgen ausgewiesenen Zuschüsse zum Grundgehalt nach den Nummern 1 und 2 und die allgemeine Stellenzulage nach Nummer 2 b der Vorbemerkungen der Anlage II des Bundesbesol-

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

dungsgesetzes in der bis zum 22. Februar 2002 geltenden Fassung,

8. die Bemessungsgrundlagen der Zulagen, Aufwandsentschädigungen und anderen Bezüge nach Artikel 14 § 5 des Reformgesetzes vom 24. Februar 1997 (BGBl. I S. 322),
9. die Anrechnungsbeträge nach Artikel 14 § 4 Abs. 2 des Reformgesetzes,
10. die Beträge der Amtszulagen nach Anlage 2 der Verordnung zur Überleitung in die im Zweiten Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern geregelten Ämter und über die künftig wegfallenden Ämter vom 1. Oktober 1975 (BGBl. I S. 2608), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 590), und
11. die Beträge nach § 4 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. November 2004 (BGBl. I S. 2774).

(2) Um 2,55 vom Hundert werden \_\_\_\_\_ der Auslandszuschlag und der Auslandskinderzuschlag erhöht.

(3) <sup>1</sup>Für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger gilt die Erhöhung nach Absatz 1 entsprechend für die in Artikel 2 § 2 Abs. 1 bis 5 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1942) genannten Bezügebestandteile sowie für die in § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 und § 84 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 4, 5 und 7 **BBesG** aufgeführten Stellenzulagen und Bezüge. <sup>2</sup>Satz 1 gilt für Empfängerinnen und Empfänger von Versorgungsbezügen der weggefallenen Besoldungsgruppe A 1 entsprechend. <sup>3</sup>Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz in der bis zum 30. Juni 1997 geltenden Fassung nicht zugrunde liegt, werden ab 1. Januar 2008 um 2,9 vom Hundert erhöht, wenn der Versorgungsfall vor dem 1. Juli 1997 eingetreten ist. <sup>4</sup>Satz 3 gilt entsprechend für

1. Hinterbliebene von vor dem 1. Juli 1997 vorhandenen Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern,
2. Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind,

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

3. den Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vom 28. Mai 1990 (BGBl. I S. 967).

<sup>5</sup>Bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 1 bis A 8 zugrunde liegt, vermindert sich das Grundgehalt \_\_\_\_\_ um 49,14 Euro, wenn ihren ruhegehaltsfähigen Dienstbezügen die Stellenzulage nach Nr. 27 Abs. 1 Buchst. a oder b der Vorbemerkungen der Anlage I zum **Bundesbesoldungsgesetz** bei Eintritt in den Ruhestand nicht zugrunde gelegen hat.“

**Artikel 1/2**  
**Weitere Änderung**  
**des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes**

Das Niedersächsische Besoldungsgesetz in der Fassung vom 11. Februar 2004 (Nds. GVBl. S. 44), zuletzt geändert durch Artikel 1 dieses Gesetzes, wird wie folgt geändert:

1. § 12 erhält folgende Fassung:

**„§ 12**  
**Höhe der Besoldung**

<sup>1</sup>Die Höhe der Besoldung ergibt sich aus den Anlagen 2 bis 18 für die dort genannten Besoldungsbestandteile. <sup>2</sup>Von diesen Anlagen ersetzen die Anlagen 2, 4, 5 und 9 bis 17 die entsprechenden Anlagen IV, VIII, V und VI a bis VI i zum Bundesbesoldungsgesetz. <sup>3</sup>Die Anlagen 3 und 7 ersetzen die Anlage 1 zu Nummer 1 der Bekanntmachung des Bundesministeriums des Innern vom 10. September 2003 (BGBl. I S. 1843). <sup>4</sup>Die Anlage 6 ersetzt die Anlage IX zum Bundesbesoldungsgesetz im Hinblick auf Amtszulagen und die allgemeine Stellenzulage nach Nummer 27 der Vorbemerkung der Anlage I zum Bundesbesoldungsgesetz. <sup>5</sup>Die Beträge der Anlage 18 treten an die Stelle der Beträge in § 4 Abs. 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. November 2004 (BGBl. I S. 2774).“

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

2. In der Anlage 1 (zu § 2) wird die Niedersächsische Besoldungsgruppe A wie folgt geändert:
  - a) In der Besoldungsgruppe 9 wird in der Fußnote 1 die Angabe „Anlage 2“ durch die Angabe „Anlage 8“ ersetzt.
  - b) In der Besoldungsgruppe 10 wird in der Fußnote 3 die Angabe „Anlage 2“ durch die Angabe „Anlage 8“ ersetzt.
  - c) In der Besoldungsgruppe 12 wird in den Fußnoten 2 und 3 jeweils die Angabe „Anlage 2“ durch die Angabe „Anlage 8“ ersetzt.
  - d) In der Besoldungsgruppe 13 wird in den Fußnoten 2, 5, 7 und 8 jeweils die Angabe „Anlage 2“ durch die Angabe „Anlage 8“ ersetzt.
  - e) In der Besoldungsgruppe 14 wird in den Fußnoten 1 und 3 jeweils die Angabe „Anlage 2“ durch die Angabe „Anlage 8“ ersetzt.
  - f) In der Besoldungsgruppe 15 wird in der Fußnote 3 die Angabe „Anlage 2“ durch die Angabe „Anlage 8“ ersetzt.
3. Der Anhang zur Niedersächsischen Besoldungsordnung A („Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen“) wird wie folgt geändert:
  - a) In der Besoldungsgruppe 10 wird in den Fußnoten 2 und 3 jeweils die Angabe „Anlage 2“ durch die Angabe „Anlage 8“ ersetzt.
  - b) In der Besoldungsgruppe 12 wird in der Fußnote 1 die Angabe „Anlage 2“ durch die Angabe „Anlage 8“ ersetzt.
  - c) In der Besoldungsgruppe 13 wird in der Fußnote 1 die Angabe „Anlage 2“ durch die Angabe „Anlage 8“ ersetzt.
  - d) In der Besoldungsgruppe 16 wird in der Fußnote 1 die Angabe „Anlage 2“ durch die Angabe „Anlage 8“ ersetzt.



---

*Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140*

*Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen*

4. **In der Anlage 1 (zu § 2) wird in der Niedersächsische Besoldungsordnung B in der Besoldungsgruppe 9 in der Fußnote 1 die Angabe „Anlage 2“ durch die Angabe „Anlage 8“ ersetzt.**
5. **Die bisherige Anlage 2 (zu § 12) wird durch die folgenden Anlagen 2 bis 18 ersetzt:**

**Anlage 2**  
(ersetzt Anlage IV zum BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

**1. Besoldungsordnung A****Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus				3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus			
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2	1518,83	1555,50	1592,18	1628,86	1665,54	1702,24	1738,93					
A 3	1582,17	1621,20	1660,23	1699,25	1738,30	1777,34	1816,37					
A 4	1618,10	1664,08	1710,01	1755,97	1801,92	1847,88	1893,82					
A 5	1631,18	1690,02	1735,75	1781,45	1827,18	1872,89	1918,61	1964,33				
A 6	1669,81	1720,01	1770,21	1820,40	1870,59	1920,80	1971,01	2021,20	2071,39			
A 7	1743,19	1788,31	1851,48	1914,64	1977,80	2040,97	2104,15	2149,24	2194,35	2239,49		
A 8		1852,40	1906,37	1987,31	2068,26	2149,20	2230,17	2284,13	2338,08	2392,06	2446,01	
A 9		1973,57	2026,68	2113,07	2199,45	2285,85	2372,24	2431,62	2491,03	2550,41	2609,81	
A 10		2126,54	2200,33	2311,00	2421,71	2532,39	2643,08	2716,87	2790,66	2864,44	2938,23	
A 11			2451,34	2564,75	2678,16	2791,59	2905,01	2980,62	3056,23	3131,86	3207,47	3283,07
A 12			2636,31	2771,53	2906,74	3041,97	3177,19	3267,34	3357,47	3447,62	3537,78	3627,92
A 13			2967,39	3113,41	3259,44	3405,45	3551,46	3648,81	3746,15	3843,50	3940,85	4038,20
A 14			3088,36	3277,73	3467,07	3656,42	3845,77	3972,00	4098,24	4224,47	4350,71	4476,95
A 15						4020,88	4229,07	4395,62	4562,16	4728,71	4895,26	5061,80
A 16						4440,94	4681,70	4874,33	5066,96	5259,56	5452,18	5644,80

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Anlage 2**

Gültig ab 1. Januar 2008

**2. Besoldungsordnung B****Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	
B 1	5061,80
B 2	5888,50
B 3	6238,47
B 4	6605,03
B 5	7025,58
B 6	7422,71
B 7	7809,02
B 8	8211,65
B 9	8625,32
B 10	10162,42



**Anlage 3**

(ersetzt Anlage 1 zu Nr. 1 der Bekanntmachung des BMI vom 10. September 2003, BGBl. I S. 1843)

Gültig ab 1. Januar 2008

**Besoldungsordnung C****Grundgehaltssätze**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungsgruppe	Stufe														
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1	2772,70	2870,05	2967,39	3064,73	3162,10	3259,44	3356,77	3454,12	3551,46	3648,81	3746,15	3843,50	3940,85	4038,20	
C 2	2778,76	2933,90	3089,05	3244,20	3399,33	3554,47	3709,61	3864,74	4019,87	4175,01	4330,13	4485,28	4640,41	4795,56	4950,70
C 3	3059,89	3235,55	3411,22	3586,88	3762,54	3938,21	4113,85	4289,51	4465,17	4640,84	4816,49	4992,15	5167,81	5343,46	5519,12
C 4	3886,87	4063,45	4240,04	4416,62	4593,21	4769,79	4946,37	5122,93	5299,51	5476,10	5652,69	5829,25	6005,84	6182,42	6359,00

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Anlage 4**  
(ersetzt Anlage VIII zum BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

**Anwärtergrundbetrag**  
(Monatsbeträge in Euro)

Eingangsam, in das der Anwärter nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag
A 2 bis A 4	730,28
A 5 bis A 8	842,19
A 9 bis A 11	892,23
A 12	1021,78
A 13	1051,25
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchst. c der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1083,62

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Anlage 5**  
(ersetzt Anlage V zum BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

**Familienzuschlag**  
(Monatsbeträge in Euro)

	Stufe 1 (§ 40 Abs. 1 BBesG)	Stufe 2 (§ 40 Abs. 2 BBesG)
Besoldungsgruppen A 2 bis A 8	103,26	196,01
übrige Besoldungsgruppen	108,44	201,19

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 92,75 Euro,  
für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 237,50 Euro.

**Erhöhungsbeträge für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 5**

Der Familienzuschlag der Stufe 2 erhöht sich für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 5 um je 5,11 Euro, ab Stufe 3 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind

in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 3 um je 25,56 Euro,  
in der Besoldungsgruppe A 4 um je 20,45 Euro und  
in der Besoldungsgruppe A 5 um je 15,34 Euro.

Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

**Anrechnungsbetrag nach § 39 Abs. 2 Satz 1 BBesG**

- in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8: 95,98 Euro
- in den Besoldungsgruppen A 9 bis A 12: 101,89 Euro

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Anlage 6**  
(ersetzt insoweit Anlage IX zum BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

**Amtszulagen und allgemeine Stellenzulage**  
(Monatsbeträge in Euro)

**Amtszulagen**

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Euro, vom Hundert
<b>Bundesbesoldungsordnungen A und B</b>		
Vorbemerkungen		
Nummer 19 Satz 1		217,90
Nummer 21		182,80
<b>Besoldungsgruppe</b>	<b>Fußnote</b>	
A 2	1	31,51
	3	58,11
A 3	1, 5	58,11
	2	31,51
	7	29,36
A 4	1, 4	58,11
	2	31,51
	5	6,32
A 5	3	31,51
	4, 6	58,11
A 6	6	31,51
A 7	2	39,12
	5	50 v. H. des jeweiligen Unter- schiedsbetrages zum Grundgehalt der Besoldungs- gruppe A 8
A 8	2	50,42
A 9	2, 3, 6	234,59
A 12	7, 8	136,26
A 13	6	108,97
	7	163,45
	11, 12, 13	238,40
A 14	5	163,45
A 15	7	163,45



Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Euro, vom Hundert
<b>Bundesbesoldungsordnung R</b>		
<b>Besoldungsgruppe</b>	<b>Fußnote</b>	
R 1	1, 2	180,71
R 2	3 bis 8, 10	180,71
R 3	3	180,71

### Allgemeine Stellenzulage

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Euro, vom Hundert
<b>Bundesbesoldungsordnungen A und B</b>		
Vorbemerkungen		
Nummer 27		
Abs. 1		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe aa		
Doppelbuchstabe bb		
Buchstabe b		
Buchstabe c		
Abs. 2		
Buchstabe a		
Doppelbuchstabe bb		
Buchstabe b und c		

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Anlage 7**

(ersetzt Anlage 1 zu Nummer 1 der Bekanntmachung des BMI vom 10. September 2003 [BGBl. I S. 1843])

Gültig ab 1. Januar 2008

**Stellenzulagen und Zulagen**  
(Monatsbeträge)  
- in der Reihenfolge der Gesetzesstellen -

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Euro, vom Hundert
<b>Bundesbesoldungsordnung C</b>	
Vorbemerkungen	
Nummer 2b	73,36
Nummer 3	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
für Beamte der Besoldungsgruppe(n)	
C 1	A 13
C 2	A 15
C 3 und C 4	B 3
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird	
der Besoldungsgruppe R 1	205,54
der Besoldungsgruppe R 2	230,08
<b>Besoldungsgruppe</b>	<b>Fußnote</b>
C 2	1
	104,32

\*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3091).

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

## Anlage 8

Gültig ab 1. Januar 2008

**Amtszulagen und Stellenzulagen nach Anlage 1 zum NBesG**  
(Monatsbeträge in Euro)

Dem Grunde nach geregelt in		
<b>Besoldungsgruppe</b>	<b>Fußnote</b>	
A 9	1	234,59
A 10	3	108,97
A 12	2	63,02
A 12	3	136,26
A 13	2	163,45
A 13	5	76,89
A 13	7	136,26
A 13	8	47,27
A 14	1	47,27
A 14	3	163,45
A 15	3	163,45
A 10 Anhang	2	108,97
A 10 Anhang	3	106,81
A 12 Anhang	1	63,02
A 13 Anhang	1	108,97
A 16 Anhang	1	182,80
B 9	1	670,87

**Anlage 9**  
(ersetzt Anlage VI a zum BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2 BBesG)**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	900,04	1062,20	1226,54	1389,79	1554,12	1718,45	1880,62	2046,05	2207,12	2371,99	2535,79	2698,49
A 9	1058,40	1234,16	1408,82	1584,58	1761,44	1936,67	2112,44	2288,73	2463,96	2639,73	2814,95	2990,71
A 10	1194,43	1378,90	1560,66	1743,49	1925,78	2109,17	2291,45	2473,75	2655,49	2837,79	3021,17	3203,48
A 11	1300,55	1492,08	1681,99	1872,46	2062,91	2252,83	2443,83	2634,27	2825,27	3015,19	3205,65	3395,56
A 12	1448,02	1649,90	1851,22	2053,67	2254,99	2457,97	2659,31	2861,73	3063,07	3265,50	3467,92	3669,81
A 13 und C 1	1592,22	1802,81	2011,75	2221,81	2431,30	2641,36	2851,41	3060,90	3271,50	3480,43	3691,04	3900,54
A 14	1739,14	1956,25	2173,37	2391,05	2608,16	2825,82	3042,95	3259,52	3476,63	3694,30	3910,87	4127,45
A 15, C 2 und R 1	1943,20	2177,73	2412,27	2646,78	2881,33	3116,40	3350,39	3586,01	3820,55	4055,63	4290,16	4524,69
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2053,10	2299,62	2546,12	2792,09	3039,67	3285,10	3531,60	3778,11	4024,61	4271,66	4517,62	4763,58
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2053,10	2308,33	2566,25	2824,19	3082,13	3341,14	3599,07	3857,55	4115,48	4373,96	4631,90	4889,83
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2260,99	2547,21	2833,45	3119,14	3405,35	3691,57	3977,27	4262,95	4549,72	4834,86	5120,55	5407,87
B 8 und höher, R 8 und höher	2422,07	2745,28	3067,43	3390,66	3713,36	4036,58	4360,35	4683,04	5006,29	5328,96	5652,19	5974,88

**Anlage 10**  
(ersetzt Anlage VI b zum BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3 BBesG)**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	765,64	903,29	1042,05	1181,37	1321,77	1460,53	1598,74	1738,60	1876,25	2016,65	2155,42	2293,63
A 9	898,95	1049,14	1197,16	1346,81	1498,07	1646,62	1796,27	1945,92	2094,47	2244,11	2392,67	2541,23
A 10	1015,41	1172,67	1327,21	1482,29	1637,93	1792,47	1948,09	2103,18	2256,63	2412,27	2568,44	2722,97
A 11	1105,74	1267,89	1429,51	1591,67	1753,82	1915,99	2077,60	2239,76	2400,84	2562,45	2725,16	2885,69
A 12	1229,80	1402,31	1573,70	1745,11	1917,62	2089,03	2259,90	2431,85	2604,34	2775,76	2947,72	3119,14
A 13 und C 1	1353,87	1532,35	1709,74	1888,77	2066,72	2245,21	2423,69	2601,63	2781,21	2958,60	3137,09	3315,56
A 14	1478,48	1662,96	1846,87	2032,99	2216,91	2401,38	2585,31	2770,33	2955,34	3139,80	3324,27	3508,19
A 15, C 2 und R 1	1651,53	1850,68	2049,86	2250,10	2450,36	2648,43	2847,59	3048,38	3248,10	3447,25	3646,42	3846,66
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1744,58	1954,08	2163,58	2373,63	2582,59	2792,09	3002,13	3211,09	3421,14	3631,73	3840,15	4049,63
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1744,58	1962,24	2181,55	2400,84	2619,59	2839,44	3059,26	3278,56	3497,87	3717,15	3936,45	4155,77
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1922,52	2164,67	2407,90	2651,15	2894,39	3137,63	3380,87	3624,11	3866,80	4110,58	4352,72	4596,53
B 8 und höher, R 8 und höher	2058,57	2333,37	2608,16	2882,41	3157,76	3430,93	3705,74	3979,99	4254,78	4529,04	4803,84	5078,66

**Anlage 11**  
(ersetzt Anlage VI c zum BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	630,68	743,32	859,23	972,96	1088,31	1202,59	1316,87	1432,22	1545,41	1660,77	1775,05	1889,33
A 9	740,62	863,03	986,02	1108,45	1233,61	1356,05	1479,03	1602,02	1724,99	1846,87	1970,41	2093,39
A 10	836,92	965,33	1092,66	1221,10	1348,43	1476,86	1604,18	1731,52	1859,95	1986,73	2114,07	2243,02
A 11	910,92	1043,71	1177,57	1310,88	1444,73	1576,97	1710,30	1843,61	1977,47	2109,71	2244,11	2376,89
A 12	1013,24	1154,70	1295,65	1438,21	1578,60	1720,09	1862,11	2002,50	2143,99	2286,02	2427,49	2569,52
A 13 und C 1	1114,44	1261,37	1407,73	1554,67	1702,14	1848,50	1995,44	2142,36	2289,83	2436,20	2583,67	2730,06
A 14	1217,82	1369,65	1520,92	1672,74	1826,20	1978,03	2129,84	2281,66	2433,48	2585,31	2737,13	2889,50
A 15, C 2 und R 1	1359,86	1523,66	1688,54	1853,41	2017,21	2182,08	2345,88	2510,22	2674,56	2838,89	3003,22	3167,01
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1437,13	1609,62	1781,58	1954,08	2127,67	2300,17	2471,57	2644,62	2817,12	2990,71	3162,65	3334,63
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1437,13	1615,06	1796,27	1976,93	2157,59	2339,34	2518,92	2699,03	2880,24	3061,45	3241,56	3422,77
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1582,96	1782,67	1983,46	2183,72	2383,42	2583,67	2784,46	2984,17	3184,98	3384,13	3584,93	3785,72
B 8 und höher, R 8 und höher	1695,05	1921,43	2147,26	2373,63	2600,00	2826,37	3052,20	3278,56	3503,85	3730,23	3956,58	4182,41

**Anlage 12**  
(ersetzt Anlage VI d zum BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)**  
– Unterkunft und Verpflegung –  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	441,32	520,76	600,77	681,29	761,82	841,82	921,27	1002,88	1081,26	1162,88	1242,31	1322,85
A 9	518,04	604,01	690,00	775,97	863,03	949,01	1035,54	1121,52	1206,95	1292,93	1379,99	1464,34
A 10	586,06	675,84	765,11	854,33	944,12	1033,91	1123,70	1212,93	1301,64	1390,33	1480,10	1569,36
A 11	636,66	731,36	823,86	917,46	1010,52	1104,09	1197,16	1290,75	1384,34	1477,40	1570,45	1663,50
A 12	709,04	808,08	908,20	1006,16	1105,18	1203,68	1303,26	1402,31	1501,34	1599,84	1698,85	1797,91
A 13 und C 1	779,78	882,63	985,47	1088,87	1191,17	1294,02	1397,42	1500,26	1603,10	1705,94	1808,79	1911,63
A 14	852,69	958,81	1064,92	1172,12	1278,23	1384,90	1490,99	1597,11	1703,22	1809,88	1916,54	2022,63
A 15, C 2 und R 1	952,28	1067,09	1181,91	1296,74	1411,55	1525,82	1642,28	1757,64	1871,91	1987,28	2102,09	2217,44
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1006,16	1126,95	1247,21	1367,47	1489,37	1609,62	1730,43	1851,22	1972,58	2093,39	2213,64	2333,90
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1006,16	1130,76	1257,56	1384,34	1510,04	1636,28	1764,18	1889,86	2016,65	2142,36	2270,24	2396,49
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1107,92	1247,77	1388,16	1528,55	1668,40	1808,79	1949,18	2089,03	2229,42	2369,26	2509,67	2648,97
B 8 und höher, R 8 und höher	1186,81	1344,62	1503,52	1661,31	1819,68	1978,03	2136,37	2294,19	2453,63	2610,88	2769,23	2928,13

**Anlage 13**  
(ersetzt Anlage VI e zum BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4 BBesG)**  
– Unterkunft oder Verpflegung –  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	536,00	631,77	730,26	826,57	924,52	1021,94	1119,89	1217,82	1313,61	1411,55	1508,41	1606,35
A 9	629,59	734,06	838,54	943,04	1048,60	1151,99	1257,56	1361,49	1465,97	1570,45	1674,39	1778,86
A 10	710,67	820,05	928,33	1037,71	1146,01	1255,38	1363,13	1471,95	1579,69	1688,54	1797,91	1906,20
A 11	773,80	887,52	1001,26	1114,44	1227,08	1340,27	1454,53	1567,18	1680,92	1794,10	1907,29	2020,48
A 12	861,41	981,67	1101,93	1221,65	1341,34	1461,61	1582,43	1702,14	1823,48	1943,20	2062,91	2183,72
A 13 und C 1	947,39	1072,55	1196,60	1322,32	1446,92	1570,98	1696,15	1821,30	1946,46	2071,08	2196,23	2320,84
A 14	1035,00	1165,05	1292,93	1422,44	1551,40	1681,45	1809,88	1938,83	2068,36	2197,86	2326,29	2456,87
A 15, C 2 und R 1	1155,79	1295,08	1434,94	1574,80	1715,20	1854,49	1993,81	2133,67	2273,51	2412,81	2552,65	2691,96
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1221,65	1367,47	1514,95	1661,31	1808,24	1954,62	2101,55	2247,94	2394,85	2541,23	2688,15	2834,53
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1221,65	1373,46	1525,82	1680,92	1833,81	1988,35	2141,26	2294,72	2449,26	2602,19	2755,63	2909,09
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1345,16	1515,49	1685,81	1856,14	2025,37	2196,77	2366,56	2536,87	2706,10	2876,99	3047,28	3217,61
B 8 und höher, R 8 und höher	1442,02	1633,03	1826,20	2017,74	2209,84	2401,92	2594,55	2786,64	2977,64	3170,29	3362,36	3555,54



**Anlage 14**  
(ersetzt Anlage VI f zum BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	997,45	1166,68	1334,29	1504,06	1670,03	1839,27	2008,50	2177,73	2345,88	2513,48	2681,62	2851,41
A 9	1168,30	1348,43	1530,71	1709,74	1890,43	2070,54	2250,64	2432,38	2612,51	2792,63	2974,38	3155,04
A 10	1321,22	1508,95	1696,15	1882,79	2069,98	2257,73	2444,89	2632,64	2820,92	3007,03	3194,77	3382,51
A 11	1438,21	1634,11	1831,10	2026,99	2223,98	2420,97	2616,87	2813,31	3010,29	3206,74	3403,72	3599,63
A 12	1598,74	1806,61	2013,93	2221,26	2428,59	2635,90	2843,24	3051,10	3258,43	3465,75	3673,07	3880,40
A 13 und C 1	1758,72	1975,30	2191,33	2407,90	2625,02	2840,52	3057,10	3274,21	3491,33	3706,82	3923,39	4141,05
A 14	1920,34	2143,46	2367,64	2591,29	2815,48	3040,23	3263,33	3486,99	3710,08	3934,27	4157,39	4382,67
A 15, C 2 und R 1	2146,18	2389,95	2633,19	2876,42	3119,14	3362,36	3606,15	3849,39	4092,64	4335,32	4577,47	4822,34
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	2276,22	2530,89	2786,64	3042,39	3295,98	3551,19	3805,30	4061,07	4315,73	4570,40	4826,17	5080,83
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	2276,76	2545,03	2812,76	3080,49	3348,23	3615,94	3884,20	4151,94	4419,67	4687,40	4955,68	5222,85
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2538,51	2832,90	3126,74	3421,68	3716,06	4010,45	4304,84	4599,79	4893,63	5188,56	5482,96	5777,90
B 8 und höher, R 8 und höher	2737,67	3070,15	3403,17	3736,20	4068,69	4400,63	4734,19	5066,14	5398,62	5732,18		

**Anlage 15**  
(ersetzt Anlage VI g zum BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	856,51	997,99	1141,64	1283,68	1426,80	1570,45	1712,47	1856,14	1999,24	2140,72	2284,93	2425,87
A 9	1000,16	1151,99	1308,72	1461,08	1613,97	1767,44	1920,34	2072,71	2226,17	2380,15	2533,06	2686,51
A 10	1131,31	1292,38	1451,82	1612,90	1772,87	1931,78	2092,30	2251,19	2412,81	2572,24	2731,69	2892,75
A 11	1234,16	1401,22	1568,27	1735,87	1902,93	2070,54	2237,59	2405,73	2572,79	2739,85	2907,45	3075,04
A 12	1372,92	1548,14	1724,43	1900,21	2076,51	2251,74	2428,05	2604,34	2780,65	2955,88	3131,64	3307,40
A 13 und C 1	1510,59	1694,52	1877,90	2061,82	2246,30	2429,68	2613,07	2796,44	2981,46	3164,83	3348,23	3532,15
A 14	1648,26	1837,08	2026,99	2217,44	2407,37	2597,28	2787,19	2976,01	3166,47	3356,92	3546,29	3736,75
A 15, C 2 und R 1	1843,08	2049,31	2254,99	2461,77	2668,57	2874,80	3080,49	3286,18	3493,50	3699,75	3905,98	4111,67
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1955,17	2171,75	2387,77	2604,34	2820,38	3036,96	3252,45	3469,02	3685,05	3901,64	4117,67	4333,70
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1960,06	2186,97	2414,44	2641,89	2868,82	3096,27	3323,74	3551,19	3778,11	4006,12	4233,56	4459,95
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	2185,89	2435,67	2687,07	2936,83	3187,69	3436,92	3687,23	3937,54	4188,39	4438,71	4688,48	4939,35
B 8 und höher, R 8 und höher	2361,12	2642,98	2926,49	3207,83	3491,33	3773,20	4055,63	4338,04	4620,45	4902,34		

**Anlage 16**  
(ersetzt Anlage VI h zum BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

**Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 5 BBesG)**  
(Monatsbeträge in Euro)

Besoldungs- gruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2 bis A 8	716,66	835,82	951,74	1069,82	1186,81	1303,82	1421,33	1538,89	1656,96	1773,96	1890,96	2008,50
A 9	838,54	965,33	1092,66	1217,82	1345,16	1472,49	1599,28	1727,71	1855,05	1981,84	2109,17	2236,50
A 10	948,47	1078,52	1210,21	1339,18	1470,31	1600,93	1732,07	1863,19	1993,25	2124,94	2253,91	2384,51
A 11	1032,82	1172,12	1309,79	1448,02	1586,77	1724,43	1863,19	2000,33	2139,09	2277,32	2415,52	2554,28
A 12	1147,63	1293,46	1439,84	1585,14	1730,43	1875,72	2021,55	2166,29	2313,22	2458,52	2604,34	2749,09
A 13 und C 1	1264,63	1413,73	1565,01	1715,73	1866,47	2016,11	2165,75	2317,02	2467,23	2617,40	2768,14	2918,34
A 14	1381,08	1537,26	1692,34	1847,43	2003,60	2159,77	2315,94	2471,03	2627,75	2783,92	2939,01	3095,18
A 15, C 2 und R 1	1543,79	1714,65	1884,43	2054,76	2225,07	2395,94	2566,25	2736,58	2906,90	3077,23	3248,63	3418,42
A 16 bis B 2, C 3 und R 2	1639,02	1817,49	1995,44	2175,01	2352,96	2531,44	2711,00	2888,94	3067,43	3245,37	3425,49	3603,98
B 3, B 4, C 4, R 3 und R 4	1643,36	1831,10	2018,30	2205,48	2393,21	2580,41	2768,14	2955,34	3143,07	3330,26	3518,53	3705,19
B 5 bis B 7, R 5 bis R 7	1836,54	2042,79	2247,94	2454,17	2659,31	2865,01	3070,15	3276,39	3481,53	3686,68	3892,93	4098,07
B 8 und höher, R 8 und höher	1986,73	2219,63	2454,17	2687,61	2920,50	3154,50	3387,93	3620,28	3854,82	4088,82		

**Anlage 17**  
(ersetzt Anlage VI i zum BBesG)

Gültig ab 1. Januar 2008

**Auslandskinderzuschlag (§ 56 BBesG)**  
(Monatsbeträge in Euro je Kind)

Besoldungs- gruppe	nach § 56 Abs. 1 Nr. 1												nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
	Stufe des Auslandszuschlags												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 2 bis A 16, B 1 bis B 10	130,05	149,11	168,68	186,64	206,78	225,84	244,33	263,38	282,41	302,01	321,05	338,47	130,05

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

### Anlage 18

[ersetzt die Beträge aus § 4 Abs. 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte (MVergV) in der Fassung vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3494), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. November 2004 (BGBl. I S. 2774)]

Gültig ab 1. Januar 2008

#### Mehrarbeitsvergütung (Beträge in Euro)

§ 4 Abs. 1 MVergV	
Besoldungsgruppen	
A 2 bis A 4	10,26
A 5 bis A 8	12,12
A 9 bis A 12	16,63
A 13 bis A 16	22,94
§ 4 Abs. 3 MVergV	
Nummer 1	15,48
Nummer 2	19,18
Nummer 3	22,77
Nummern 4 und 5	26,60

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Artikel 1/3**  
**Änderung des Ministergesetzes**

§ 9 Abs. 1 Nr. 1 des Ministergesetzes in der Fassung vom 3. April 1979 (Nds. GVBl. S. 105), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 2005 (Nds. GVBl. S. 426), erhält folgende Fassung:

„1. ein Amtsgehalt, und zwar

der Ministerpräsident in Höhe des um 27,4 vom Hundert ,

die Minister in Höhe des um 12,86 vom Hundert

erhöhten Grundgehalts der Besoldungsgruppe 10 der Besoldungsordnung B des Niedersächsischen Besoldungsgesetzes,

zuzüglich des für diese Besoldungsgruppe geltenden Familienzuschlages,“

**Artikel 1/4**  
**Änderung des Niedersächsischen  
Versorgungsrücklagengesetzes**

§ 5 Abs. 3 Satz 1 des Niedersächsischen Versorgungsrücklagengesetzes vom 16. November 1999 (Nds. GVBl. S. 388), geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 11. Dezember 2002 (Nds. GVBl. S. 768), erhält folgende Fassung:

„<sup>1</sup>Die dem Sondervermögen zufließenden Mittel einschließlich der Erträge sind auf Euro oder eine Vorgängergewährung lautend zu marktgerechten Bedingungen anzulegen in

1. **Schuldscheindarlehen oder handelbaren Schuldverschreibungen anderer Länder, des Bundes einschließlich seiner Sondervermögen oder der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion,**
2. **Schuldscheindarlehen oder handelbaren Schuldverschreibungen, für deren Verzinsung und Rückzahlung ein anderes Land, der Bund, ein Sondervermögen des Bundes oder ein Mitgliedstaat der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion die volle Gewährleistung übernommen hat,**

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

#### Artikel 2

##### Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes

Das Niedersächsische Beamtengesetz in der Fassung vom 19. Februar 2001 (Nds. GVBl. S. 33), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Dezember 2005 (Nds. GVBl. S. 426), wird wie folgt geändert:

1. Dem § 87 c wird der folgende Absatz 3 angefügt:

„(3) Beihilfe wird auch zu den Aufwendungen für ein Kind gewährt, das nach dem 31. Dezember 2006 nicht mehr im Familienzuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz berücksichtigungsfähig ist, wenn es am 31. Dezember 2006 an einer Hochschule eingeschrieben ist, solange das Studium oder bei konsekutiven Studiengängen das Gesamtstudium andauert, längstens jedoch bis zu dem Zeitpunkt, zu dem das Kind nach den bis zum Ablauf des 31. Dezember 2006 geltenden Vorschriften im Familienzuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz berücksichtigungsfähig gewesen wäre.“

2. § 98 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Am Ende der Nummer 3 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.

bb) Es wird die folgende neue Nummer 4 eingefügt:

„4. auf Reisekostenvergütung ganz oder teilweise verzichtet werden kann, wobei ein vor der Genehmigung oder Anordnung einer Dienstreise erklärter Verzicht der Schriftform bedarf, und“.

3. **Öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehen oder**

4. **Anteilen an inländischen Sondervermögen nach § 2 Abs. 2 des Investmentgesetzes oder inländischen Spezial-Sondervermögen im Sinne des § 2 Abs. 3 des Investmentgesetzes, deren Mittel nach den Vertragsbedingungen überwiegend in Vermögensgegenständen im Sinne der Nummern 1 bis 3 oder kurzfristig verfügbar zu marktgerechten Bedingungen anzulegen sind.“**

#### Artikel 2

##### Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes

Das Niedersächsische Beamtengesetz in der Fassung vom 19. Februar 2001 (Nds. GVBl. S. 33), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom (Nds. GVBl. S. ), wird wie folgt geändert:

1. *unverändert*

2. § 98 wird wie folgt geändert:

a) *unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

- |  |   |
|--|---|
| <p>cc) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5.</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Es wird die folgende neue Nummer 1 eingefügt:</p> <p>„1. die Wegstreckenentschädigung im Sinne des § 5 Abs. 1 BRKG auf 75 vom Hundert der Beträge nach Absatz 1 Nr. 2 begrenzt wird, wenn nicht mehrere Beamte, für die die Fahrt eine Dienstreise ist, eine Fahrgemeinschaft bilden,“.</p> <p>bb) Die bisherigen Nummern 1 bis 4 werden Nummern 2 bis 5.</p> <p>cc) Die neue Nummer 4 erhält folgende Fassung:</p> <p>„4. das Tagegeld und das Übernachtungsgeld im Trennungsreisegeld in der Höhe des Trennungstagegeldes und des Trennungsübernachtungsgeldes, wie sie sich aus Nummer 3 ergibt,“.</p> <p>dd) Die neue Nummer 5 wird wie folgt geändert:</p> <p>In Buchstabe b wird das Wort „Trennungsübernachtungsgeld“ durch das Wort „Trennungsgeld“ ersetzt.</p> | <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) <i>unverändert</i></p> <p>bb) <i>unverändert</i></p> <p>cc) <b>In der neuen Nummer 4 wird die Angabe „Nummer 2“ durch die Angabe „Nummer 3“ ersetzt.</b></p> <p>dd) <i>unverändert</i></p> |
|--|---|

**Artikel 2/1**  
**Änderung des Niedersächsischen Gesetzes**  
**über das Lotterie- und Wettwesen**

§ 7 Abs. 2 Satz 1 des Niedersächsischen Gesetzes über das Lotterie- und Wettwesen vom 21. Juni 1997 (Nds. GVBl. S. 289), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 15. Dezember 2005 (Nds. GVBl. S. 426), wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 wird der Betrag „24 160 500 Euro“ durch den Betrag „26 660 500 Euro“ ersetzt.
2. In Nummer 6 Buchst. c wird der Betrag „7 000 000 Euro“ durch den Betrag „4 500 000 Euro“ ersetzt.



Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

Artikel 3  
Gesetz über das „Sondervermögen  
Wohnungsbau, Wirtschaft und Agrar“

§1  
Errichtung

<sup>1</sup>Das Land errichtet ein nicht rechtsfähiges „Sondervermögen Wohnungsbau, Wirtschaft und Agrar“ zur Verwaltung der Tilgungsbeträge und Zinsen (Rückflüsse) der von der Landestreuhandstelle - Norddeutsche Landesbank Girozentrale - verwalteten Fördervermögen Wohnungsbau, Wirtschaft und Agrar. <sup>2</sup>Das Sondervermögen ist von dem übrigen Vermögen des Landes getrennt zu halten.

§ 2  
Einnahmen

Dem Sondervermögen fließen als Einnahmen zu

1. die Tilgungsbeträge und die Zinsen aus den von der Landestreuhandstelle - Norddeutsche Landesbank Girozentrale - gewährten Darlehen aus den Bereichen Wohnungsbau, Wirtschaft und Agrar, soweit diese nicht vom Land oder von der Landestreuhandstelle an Dritte abzuführen sind,
2. die Zinsen aus der Anlage des Sondervermögens.

§ 3  
Zweckbindung

Das Sondervermögen darf nur verwendet werden für

1. Schuldendienstleistungen an den Bund für Finanzmittel, die dieser für die Förderung in den Bereichen Wohnungsbau, Wirtschaft und Agrar zur Verfügung gestellt hat,
2. Zahlungen an Finanzinvestoren aus Rückflüssen der Förderdarlehen zur Erfüllung von vertraglichen Leistungen,
3. Zahlungen zur Erfüllung von Darlehensverpflichtungen der Landestreuhandstelle, die bis zum 31. Dezember 2006 eingegangen sind, und
4. die Abdeckung von Kosten der Verwaltung des Sondervermögens, soweit die Verwaltung nicht von einer Landesdienststelle wahrgenommen wird.

Artikel 3  
Gesetz über das „Sondervermögen  
Wohnungsbau, Wirtschaft und Agrar“

§1  
Errichtung

*unverändert*

§ 2  
Einnahmen

Dem Sondervermögen fließen als Einnahmen zu

1. die von der Landestreuhandstelle - Norddeutsche Landesbank Girozentrale - **an das Land abzuführenden Rückflüsse (Tilgungsbeträge und Zinsen)** aus den von ihr gewährten Darlehen aus den Bereichen Wohnungsbau, Wirtschaft und Agrar, soweit diese nicht vom Land \_\_\_\_\_ an Dritte **abgetreten werden,**
2. *unverändert*

§ 3  
Zweckbindung

*unverändert*

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

§ 4  
Verwaltung

<sup>1</sup>Das Finanzministerium verwaltet das Sondervermögen; es kann die Verwaltung ganz oder teilweise übertragen. <sup>2</sup>Mittel des Sondervermögens, die nicht in Anspruch genommen werden, sind verzinslich anzulegen.

Artikel 4  
Änderung der Niedersächsischen  
Landeshaushaltsordnung

Die Niedersächsische Landeshaushaltsordnung in der Fassung vom 30. April 2001 (Nds. GVBl. S. 276), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 17. Dezember 2004 (Nds. GVBl. S. 664), wird wie folgt geändert:

1. § 17 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 6 wird wie folgt geändert:
    - aa) Der bisherige Satz 1 wird einziger Satz.
    - bb) Satz 2 wird gestrichen.
  - b) Absatz 7 wird wie folgt geändert:
    - aa) Der bisherige Satz 1 wird einziger Satz.
    - bb) Satz 2 wird gestrichen.
2. In § 21 Abs. 2 werden die Worte „oder in Stellen für Angestellte oder Arbeiterinnen und Arbeiter“ gestrichen.
3. In § 26 Abs. 1 Satz 4 werden nach dem Wort „auszubringen“ das Komma und die Worte „andere Stellen sind zu erläutern“ gestrichen.

§ 4  
Verwaltung

*unverändert*

Artikel 4

*unverändert*

**Artikel 4/1  
Änderung des Niedersächsischen Gesetzes  
zur Ausführung des Zweiten Buchs  
des Sozialgesetzbuchs**

**Das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des Zweiten Buchs des Sozialgesetzbuchs vom 16. September 2004 (Nds. GVBl. S. 358), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 18. Mai 2006 (Nds. GVBl. S. 203), wird wie folgt geändert:**

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

1. Dem § 5 wird der folgende Satz 4 angefügt:

„<sup>4</sup>Abweichend von Satz 2 wird der Landeszuschuss für die Zeit vom 1. November bis zum 31. Dezember 2006 nach Maßgabe der Anlage verteilt.“

2. In § 7 Abs. 2 wird die Angabe „§ 5 Satz 2“ durch die Angabe „§ 5 Sätze 2 und 3“ ersetzt.

3. Es wird die folgende Anlage angefügt:

„Anlage

(zu § 5 Satz 4)

**Verteilung des Landeszuschusses für die Zeit  
vom 1. November bis zum 31. Dezember 2006**

Kommunale Träger	Betrag in Euro
Region Hannover	0
<b>Landkreise</b>	
Ammerland	1.895.718
Aurich	285.503
Celle	0
Cloppenburg	1.328.436
Cuxhaven	719.561
Diepholz	0
Emsland	1.836.775
Friesland	314.272
Gifhorn	3.661.373
Göttingen	2.587.742
Goslar	2.416.578
Grafschaft Bentheim	1.701.352
Hameln-Pyrmont	0
Harburg	3.777.734
Helmstedt	0
Hildesheim	0
Holz Minden	301.081

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

Kommunale Träger	Betrag in Euro
Leer	0
Lüchow-Dannenberg	51.958
Lüneburg	2.223.914
Nienburg (Weser)	0
Northeim	1.044.453
Oldenburg	864.991
Osnabrück	398.576
Osterholz	685.136
Osterode am Harz	0
Peine	0
Rotenburg (Wümme)	1.232.424
Schaumburg	0
Soltau-Fallingbostal	0
Stade	0
Uelzen	0
Vechta	1.569.369
Verden	0
Wesermarsch	0
Wittmund	217.967
Wolfenbüttel	599.413
<b>Kreisfreie Städte</b>	
Braunschweig	2.968.614
Delmenhorst	1.218.253
Emden	1.443.042
Oldenburg (Oldenburg)	2.662.781
Osnabrück	676.564
Salzgitter	816.420
Wilhelmshaven	0
Wolfsburg	0“

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

Artikel 5  
Änderung des Niedersächsischen Pflegegesetzes

Dem § 18 des Niedersächsischen Pflegegesetzes in der Fassung vom 26. Mai 2004 (Nds. GVBl. S. 157), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 15. Dezember 2005 (Nds. GVBl. S. 426), wird der folgende Absatz 5 angefügt:

„(5) <sup>1</sup>Für das Jahr 2007 gilt Absatz 1 mit der Maßgabe entsprechend, dass

1. in Absatz 1 Satz 1 die Worte ‚und der Kriegsopferfürsorge‘ entfallen und der Betrag ‚99,5 Mio. Euro‘ an die Stelle des Betrages ‚102 Mio. Euro‘ tritt und
2. in Absatz 1 Satz 2 jeweils die Jahreszahl ‚2003‘ an die Stelle der Jahreszahl ‚2002‘ tritt.

<sup>2</sup>Absatz 4 Sätze 2 und 3 gilt für das Jahr 2007 entsprechend.“

Artikel 5  
unverändert

Artikel 5/1  
Änderung des Gesetzes zur Ausführung  
des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

Das Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes vom 5. Februar 1993 (Nds. GVBl. S. 45), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 5. November 2004 (Nds. GVBl. S. 404), wird wie folgt geändert:

1. Die §§ 9 und 10 erhalten folgende Fassung:

„§ 9

(1) Überörtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist das Land.

(2) <sup>1</sup>Abweichend von § 69 Abs. 3 des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII) in der Fassung vom 8. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3546), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. September 2005 (BGBl. I S. 2729), werden die Aufgaben des überörtlichen Trägers von der Behörde oder den Behörden des Landes wahrgenommen, die die Landesregierung bestimmt. <sup>2</sup>Bei der nach Satz 1 bestimmten Behörde wird ein Gremium gebildet, dessen Zusammensetzung und Aufgaben in Anlehnung an § 71 Abs. 4 SGB VIII zu bestimmen sind. <sup>3</sup>Sind nach Satz 1 mehrere Be-

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

hörden bestimmt worden, so wird bei den Behörden ein gemeinsames Gremium nach Satz 2 gebildet; es können auch mehrere Gremien gebildet werden.

(3) Die durch Bundesrecht einem Landesjugendamt zugewiesenen Aufgaben nehmen die nach Absatz 2 Satz 1 bestimmten Behörden wahr.

#### § 10

Das Land kann unbeschadet der sachlichen Zuständigkeit des örtlichen Trägers nach § 85 Abs. 1 SGB VIII zur Förderung von Vorhaben der Jugendhilfe Zuwendungen nach Maßgabe des Haushalts gewähren, insbesondere für Vorhaben der Jugendsozialarbeit, des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes und zur Förderung der Erziehung in der Familie.“

2. Die §§ 11 und 12 werden gestrichen.
3. In § 14 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „das Landesjugendamt“ durch die Worte „die nach § 9 Abs. 2 Satz 1 bestimmten Behörden“ ersetzt.
4. Der Fünfte Abschnitt erhält folgende Fassung:

#### „Fünfter Abschnitt Kindertagespflege

#### § 15

(1) <sup>1</sup>Die Erlaubnis zur Kindertagespflege befugt zur Betreuung von bis zu fünf fremden Kindern (§ 43 Abs. 3 Satz 1 SGB VIII). <sup>2</sup>Sie kann im Einzelfall für die Betreuung von weniger Kindern erteilt werden. <sup>3</sup>In der Erlaubnis ist zu bestimmen, wie viele Kinder zur Betreuung insgesamt angemeldet sein dürfen.

(2) <sup>1</sup>Kindertagespflege kann im Haushalt der Tagespflegeperson oder der Personensorgeberechtigten oder in anderen geeigneten Räumen durchgeführt werden. <sup>2</sup>Werden mehr als acht fremde Kinder von mehreren Tagespflegepersonen in Zusammenarbeit betreut, so muss mindestens eine Tagespflegeperson eine pädagogische Fachkraft sein. <sup>3</sup>Ist im Fall der gemeinsamen Nutzung von Räumen durch mehrere Tagespflegepersonen zum Zwecke der

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

Betreuung die vertragliche und persönliche Zuordnung des einzelnen Kindes zu einer bestimmten Tagespflegeperson nicht gewährleistet, so handelt es sich um eine Tageseinrichtung.“

#### Artikel 5/2

##### Änderung des Jugendförderungsgesetzes

In § 15 Abs. 1 des Jugendförderungsgesetzes in der Fassung vom 15. Juli 1981 (Nds. GVBl. S. 199), geändert durch Artikel IV § 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 1994 (Nds. GVBl. S. 533), werden die Worte „1 Vertreter der Landesjugendämter“ durch die Worte „1 Vertreter der nach § 9 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes bestimmten Behörden“ ersetzt.“

#### Artikel 5/3

##### Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder

Das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder in der Fassung vom 7. Februar 2002 (Nds. GVBl. S. 57), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Juni 2005 (Nds. GVBl. S. 207), wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 Satz 3, Absatz 2 Satz 3 und Absatz 3 Satz 3 werden jeweils die Worte „kann das Landesjugendamt“ durch die Worte „können die nach § 9 Abs. 2 Satz 1 AG KJAG bestimmten Behörden“ ersetzt.
  - b) In Absatz 4 werden die Worte „Stellt das Landesjugendamt“ durch die Worte „Stellen die nach § 9 Abs. 2 Satz 1 AG KJAG bestimmten Behörden“ ersetzt.
2. In § 7 Abs. 1 Satz 2 und § 11 Abs. 2 Satz 2 werden jeweils die Worte „Das Landesjugendamt kann“ durch die Worte „Die nach § 9 Abs. 2 Satz 1 AG KJAG bestimmten Behörden können“ ersetzt.
3. In § 13 Abs. 4 werden die Worte „dem Landesjugendamt“ durch die Worte „den nach § 9 Abs. 2 Satz 1 AG KJHG bestimmten Behörden“ ersetzt.“

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

Artikel 6  
Änderung des Gesetzes  
über das Landesblindengeld für Zivilblinde

Das Gesetz über das Landesblindengeld für Zivilblinde in der Fassung vom 18. Januar 1993 (Nds. GVBl. S. 25), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 17. Dezember 2004 (Nds. GVBl. S. 664), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) Im einleitenden Satzteil wird der Klammerzusatz „(Blinde)“ durch den Klammerzusatz „(blinde Menschen)“ ersetzt und nach dem Klammerzusatz werden das Komma sowie die Worte „die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,“ gestrichen.
    - bb) In Nummer 2 werden die Worte „Anstalten, Heimen oder gleichartigen“ durch das Wort „stationären“ ersetzt.
  - b) In Absatz 2 werden im einleitenden Satzteil die Worte „die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und“ gestrichen.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:
 

„(1) Das Blindengeld beträgt

    1. bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres 300 Euro je Monat und
    2. nach Vollendung des 25. Lebensjahres 220 Euro je Monat.“

4. In § 16 Abs. 5 Satz 1 werden die Worte „Das Landesjugendamt“ durch die Worte „Die nach § 9 Abs. 2 Satz 1 AG KJHG bestimmten Behörden“ ersetzt.
5. In § 22 Abs. 2 Sätze 1 und 4 werden jeweils die Worte „kann das Landesjugendamt“ durch die Worte „können die nach § 9 Abs. 2 Satz 1 AG KJHG bestimmten Behörden“ ersetzt.

Artikel 6  
Änderung des Gesetzes  
über das Landesblindengeld für Zivilblinde

Das Gesetz über das Landesblindengeld für Zivilblinde in der Fassung vom 18. Januar 1993 (Nds. GVBl. S. 25), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 17. Dezember 2004 (Nds. GVBl. S. 664), wird wie folgt geändert:

1. bis 6. *unverändert*



Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

b) Absatz 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„<sup>1</sup>Hält sich der blinde Mensch in einer stationären Einrichtung auf, so verringert sich das Blindengeld nach Absatz 1 auf 50 Euro je Monat.“

3. § 3 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 wird das Wort „Blinden“ durch die Worte „blinden Menschen“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) Im einleitenden Satzteil wird die Abkürzung „SGB XI“ durch die Worte „des Elften Buchs des Sozialgesetzbuchs“ ersetzt.

bb) In Nummer 1 wird die Angabe „30 vom Hundert“ durch die Angabe „60 vom Hundert“ ersetzt.

cc) In Nummer 2 wird die Angabe „20 vom Hundert“ durch die Angabe „40 vom Hundert“ ersetzt.

4. In § 6 wird im einleitenden Satzteil das Wort „Blinde“ durch die Worte „blinde Mensch“ ersetzt.

5. § 7 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Blinden“ durch die Worte „blinden Menschen“ ersetzt.

b) In Absatz 3 wird das Wort „Blinder“ durch die Worte „blinder Mensch“ ersetzt.

6. In § 8 werden die Worte „ein Heim oder in eine Anstalt“ durch die Worte „eine stationäre Einrichtung“ ersetzt.

7. § 9 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„<sup>2</sup>Zur Durchführung dieser Aufgaben werden die örtlichen Träger der Sozialhilfe sowie die nach § 8 Abs. 2 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs herangezogenen Städte herangezogen.“

7. § 9 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„<sup>2</sup>Zur Durchführung dieser Aufgaben werden die örtlichen Träger der Sozialhilfe sowie die nach § 8 Abs. 2 **Satz 1** des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs herangezogenen Städte herangezogen.“

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

- b) In Satz 3 werden die Worte „namens des überörtlichen Trägers selbständig“ durch die Worte „im eigenen Namen“ ersetzt.

- b) *unverändert*

**8. Es wird der folgende § 10 angefügt:**

**„§ 10**

<sup>1</sup>Hat ein blinder Mensch am 1. Januar 2007 nach § 1 \_\_\_\_\_ in der ab dem 1. Januar 2007 geltenden Fassung Anspruch auf Blindengeld, so ist das Blindengeld abweichend von § 7 Abs. 1 Satz 2 \_\_\_\_\_ ab dem 1. Januar 2007 zu leisten, wenn der Antrag bis zum 30. Juni 2007 gestellt wird. <sup>2</sup>Erblindet ein Mensch nach dem 1. Januar 2007, aber vor dem 1. Juni 2007, so gilt Satz 1 entsprechend mit der Maßgabe, dass das Blindengeld ab dem Ersten des Monats zu zahlen ist, in dem der blinde Mensch Anspruch auf Blindengeld hat.“

Artikel 7

Änderung des Niedersächsischen  
Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz

Dem § 4 a des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz vom 18. November 1984 (Nds. GVBl. S. 267), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. November 2004 (Nds. GVBl. S. 394), wird der folgende Absatz 3 angefügt:

„(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Verwaltungsakte betreffend die Gewährung von Blindengeld nach dem Gesetz über das Landesblindengeld für Zivilblinde, die während des Zeitraums vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2009 erlassen werden.“

Artikel 8

Abweichungen  
vom Niedersächsischen Hochschulgesetz

Abweichend von § 67 Abs. 2 bis 4 und § 70 Abs. 3 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes vom 24. Juni 2002 (Nds. GVBl. S. 286), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Juni 2006 (Nds. GVBl. S. 239), bestimmen sich die Finanzhilfen im Haushaltsjahr 2007 nach Maßgabe des Haushaltsplans.

Artikel 7

Änderung des Niedersächsischen  
Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz

Dem § 4 a des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgerichtsgesetz vom 18. November 1984 (Nds. GVBl. S. 267), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. November 2004 (Nds. GVBl. S. 394), wird der folgende Absatz 3 angefügt:

„(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Verwaltungsakte betreffend die Gewährung von Blindengeld nach dem Gesetz über das Landesblindengeld für Zivilblinde, die während des Zeitraums vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2009 **bekannt gegeben worden sind.**“

Artikel 8

Abweichungen  
vom Niedersächsischen Hochschulgesetz

**wird gestrichen**

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP  
- Drs. 15/3140

Empfehlungen des Ausschusses für Haushalt und  
Finanzen

**Artikel 8/1  
Änderung des  
Niedersächsischen Ingenieurgesetzes**

In § 17 b Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Niedersächsi-  
schen Ingenieurgesetzes vom 30. März 1971 (Nds.  
GVBl. S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 6 des  
Gesetzes vom 11. Dezember 2002 (Nds. GVBl.  
S. 796), werden nach dem Wort "Ingenieurkammer"  
die Worte "oder Mitglied einer entsprechenden  
Kammer eines anderen Landes" eingefügt.

Artikel 9  
Übergangsregelung in Bezug auf Artikel 6

<sup>1</sup>Hat ein blinder Mensch am 1. Januar 2007 nach § 1 des Gesetzes über das Landesblindengeld für Zivilblinde in der ab dem 1. Januar 2007 geltenden Fassung Anspruch auf Blindengeld, so ist das Blindengeld abweichend von § 7 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über das Landesblindengeld für Zivilblinde ab dem 1. Januar 2007 zu leisten, wenn der Antrag bis zum 30. Juni 2007 gestellt wird. <sup>2</sup>Erblindet ein Mensch nach dem 1. Januar 2007 aber vor dem 1. Juni 2007, so gilt Satz 1 entsprechend mit der Maßgabe, dass das Blindengeld ab dem Ersten des Monats zu zahlen ist, in dem der blinde Mensch Anspruch auf Blindengeld hat.

Artikel 10  
In-Kraft-Treten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

Artikel 9  
Übergangsregelung in Bezug auf Artikel 6

**wird (hier) gestrichen**  
(jetzt Artikel 6 Nr. 8 - § 10 LBlindG)

Artikel 10  
Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 treten die Artikel 1/1 und 1/2 am 1. Januar 2008 in Kraft.

(3) Abweichend von Absatz 1 tritt Artikel 4/1 mit Wirkung vom 1. November 2006 in Kraft.